

## Gesellschaft für Legalisierung

### Wir sind unter Euch

Die Kampagne "Recht auf Legalisierung" hat seit letztem Oktober Demonstrationen und öffentliche Kundgebungen, Veranstaltungen in Galerien, Stadtrundfahrten und Performances in verschiedenen Städten organisiert. Sie wird getragen von der Gruppe „Papiere für Alle“, dem Respect Netzwerk, der Flüchtlingsinitiative Brandenburg, der medizinischen Flüchtlingshilfe, Mujeres de est tierra, Mujeres sin rostro, Elixier-A, dem Polnischen Sozialrat und KanakAttak.

Schätzungsweise eine Millionen Menschen leben in der BRD als "Papierlose" ohne rechtlich abgesicherten Aufenthaltsstatus. Sie arbeiten und wohnen hier. Kontrollen in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf der Strasse müssen sie fürchten; werden sie krank, können sie sich nicht einfach ärztlich behandeln lassen; sie geraten in persönliche Abhängigkeit und ihr Lohn wird ihnen häufig vorenthalten, sie haben nicht die Möglichkeit sich gegen Unfälle am Arbeitsplatz zu versichern, oder ihren Lohn notfalls einzuklagen. Hier setzt die Kampagne an und fordert soziale, rechtliche und politische Mindestgarantien für alle hier lebenden Menschen egal welchen Status sie besitzen.

In der Öffentlichkeit wahrgenommen werden Papierlose zumeist als Kriminelle, wegen Schwarzarbeit oder Vergehen gegen Einreise- und Aufenthaltsgesetze. Der Diskurs über die "Illegalen" ist scheinbar ein Diskurs ohne Subjekte. Die politische Klasse definiert sie als Sündenböcke. Der prekäre Rechtsstatus der MigrantInnen macht es leicht, ihnen diese Rolle aufzulasten, da sie politisch nicht eigenständig präsent sind. Zugleich wird die Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung und Verschärfung jener prekären Lebenssituation und der Disponibilität ihrer Arbeitskraft gesichert.

Der Beginn der Kampagne Ende Oktober 2003 ist markiert durch den Erfolg das Anliegen bei der größten deutschen Gewerkschaft ver.di vorgebracht zu haben. In die Empfehlung an den Bundeskongress der Gewerkschaft wurde die Forderung aufgenommen, die Anliegen der Kampagne zu unterstützen. UnterstützerInnen von Papierlosen sollen nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden. Lehrer sollen deren Kinder nicht mehr melden müssen. Gefordert wird das die Bundesregierung die UN- Resolution zum Schutz von ArbeitsmigrantInnen ratifiziert. Und die Gewerkschaft öffnet sich durch angemessene Möglichkeiten der Mitgliedschaft, die so auch rechtliche Vertretung von papierlosen ArbeitsmigrantInnen ermöglicht.

Das öffentliche Echo auf diese Aktion war über die Szene antirassistischer Gruppen hinaus auch in der bürgerlichen Presse zu vernehmen. Hier wurde die Aktion insbesondere im Zusammenhang mit dem Entwurf des Zuwanderungsgesetzes diskutiert. Die Kampagne hat durch ihre zumindest symbolische Repräsentation der Papierlosen einen Schritt über die antirassistische Szene hinaus gewagt und neue potentielle Bündnispartner erreicht. Ihr ist es gelungen den Diskurs über Arbeitsmigration von der Kriminalisierung weg auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu wenden und diesen mit globalisierungskritischen und feministischen Diskursen zu verbinden.

Andreas Nowak / ZAG

Weitere Infos unter:

[www.rechtauflegalisierung.de](http://www.rechtauflegalisierung.de) [www.rechtauflegalisierung.de](http://www.rechtauflegalisierung.de) oder  
[reboot.fm/stream](http://reboot.fm/stream) - Berlin 104.1 MHz jeden 2. Dienstag 20-21 Uhr  
[U.N. Doc. A/45/49 \(1990\)](#)